



**...NICHT
AUF UNSEREM
RÜCKEN!**

**SOZIALABBAU?
ENTLASSUNGEN?
GÜRTEL ENGER SCHNALLLEN?
WIR ZAHLEN NICHT
FÜR IHRE KRISE!**

KRISENBÜNDNIS STUTTGART

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

vielleicht waren Sie in den letzten Tagen betroffen von den Auswirkungen der Streiks bei der Post, in der Kita, bei der Müllabfuhr, im Nahverkehr, am Flughafen oder in einem anderen Bereich. Vielleicht haben Sie sich auch geärgert, dass es gerade Sie trifft.

Aber, wir alle sind abhängig von einer funktionierenden öffentlichen Daseinsvorsorge: dass die Post funktioniert, dass wir bei Krankheit im Krankenhaus gut versorgt werden, dass unsere Kinder in Kindergarten und Kita gut betreut werden uvm. Die Realität sieht leider anders aus. Bürgerbüros haben über Monate geschlossen, auch ohne Streik, einfach, weil kein Personal da ist. Im Krankenhaus können notwendige OP's nicht gemacht werden, weil es kein Pflegepersonal gibt. Die, die noch da sind, sind ausgebrannt, weil sie auf den Stationen unterbesetzt sind und sie keine Zeit mehr haben, sich so um die Patienten zu kümmern, wie sie es eigentlich möchten. Diese Situation hängt u.a. damit zusammen, dass die Menschen in diesen Berufen nicht adäquat bezahlt werden. Die aktuelle Inflation verschlimmert ihre Situation noch zusätzlich. Wenn Menschen in sozialen Berufen von ihrer Arbeit nicht mehr leben können, stimmt am System etwas nicht. Gerade in Zeiten einer explodierenden Inflation, wie es sie seit Jahrzehnten nicht gab, trifft es die schlecht bezahlten Bereiche besonders hart. Deshalb sind die Tarifforderungen völlig berechtigt. Es gilt diese Inflation einigermaßen auszugleichen und den Anschluss an andere Berufsgruppen nicht zu verlieren. Überlegen Sie einmal: die Post erzielte im vergangenen Jahr einen Gewinn von 8,4 Mrd. Euro. Die Forderung der KollegInnen von 15% für die 160.000 Beschäftigten würden gerade einmal ca. 930 Millionen Euro kosten. Zuviel - wie der Vorstand des Unternehmens meint. Dabei sind sie den Aktionären gegenüber durchaus großzügig. Sie bekommen rund 2,2 Milliarden an Dividende ausbezahlt.

Im Bereich des Tarifvertrages Öffentlicher Dienst (TVÖD), also bei den Kita-Beschäftigten oder den Beschäftigten der öffentlichen Krankenhäuser sieht es ähnlich aus. Hier lautet die Forderung 10,5% mindestens aber 500,- Euro. Nach Aussage der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeber (VKA) auch viel zu viel. Es wären 15,4 Mrd. Euro. Wenn man überlegt, dass die Bundesregierung ohne große Diskussion 100 Mrd Euro für die Aufrüstung beschließen konnte und jährlich über 70 Mrd. Euro für's Militär

ausgibt, sind das doch auch Peanuts. Vor allem wäre das sinnvoll angelegtes Geld, um endlich einmal mehr Menschen für diese Berufe zu gewinnen durch eine einigermaßen ordentliche Bezahlung. Das ist in unser aller Interesse. Deshalb müssen wir die Kolleginnen und Kollegen unterstützen. Sie streiken letztendlich auch für uns.

Ein Wort richten wir an all die Betreiber von kleineren Gastwirtschaften, Zeitungs- und Zeitschriftenläden, Back- und Fleischwarenbetrieben, Lebensmittelläden uvm. Unterstützen Sie aktiv die Tarfkämpfe, wo immer sie stattfinden. Stellen Sie sich solidarisch an die Seite der Kolleg/innen! Sie kämpfen auch um das Geld, das in Ihren Geschäften ausgegeben wird – oder eben auch nicht! Erfolge in den Tarfkämpfen sind auch wichtig für Sie!

Dasselbe gilt auch für Rentnerinnen und Rentner. Je erfolgreicher die Kolleginnen und Kollegen in den Tarifrunden sind, desto besser sind die Rentenerhöhungen. Sie richten sich nach den Verdiensten der Kolleginnen und Kollegen, die noch arbeiten.

Ihre Krise – nicht auf unserem Rücken!

Wir haben uns im "Stuttgarter Krisenbündnis" zusammengeschlossen, weil wir nicht wollen, dass die kapitalistische Wirtschaftskrise auf unserem Rücken ausgetragen wird. Mit dem Krieg in der Ukraine hat sich alles noch weiter verschärft. Inzwischen erleben wir eine Inflation, wie es sie seit 70 Jahren nicht mehr gegeben hat. Durch Spekulation an den Märkten und die Sanktionspolitik der Bundesregierung haben sich die Preise neben der Energie besonders für alltägliche Lebensmittel wie Getreideprodukte, Milcherzeugnisse, Fleisch und Speiseöl drastisch erhöht. Ob die Menschen im Winter noch eine warme Wohnung haben werden, ist äußerst ungewiss.

Wir wollen keine Waffenlieferungen in Kriegsgebiete, auch nicht in die Ukraine. Die Bundesregierung muss, anstatt den Krieg weiter anzuhetzen, sich für eine Verhandlungslösung einsetzen. Dazu gehören Sicherheitsgarantien für beide Seiten.

Gemeinsam setzen wir uns ein für eine solidarische, menschenwürdigere Zukunft in einer intakten Umwelt. Gemeinsam treten wir ein für grundsätzliche Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft.

Nächstes Treffen des Krisenbündnisses: Dienstag, 25. April 23 um 18 Uhr im Gewerkschaftshaus, Willi-Bleicher-Str. 20

- Statt 100 Mrd Sondervermögen für die Bundeswehr ist dieses Geld wichtiger in den Bereichen Soziales, Gesundheit, Bildung, Klimaschutz.
- Abrüsten statt Aufrüsten
- Staatliche Preiskontrollen und Preisobergrenzen für Energie und Grundnahrungsmittel
- Mindestlohn auf 15 Euro ab 2023
- Reallohnensenkungen verhindern - Lebensstandard sichern
- Gemeinsam kämpfen für Lohnforderungen, die den Lebensstandard sichern und die Inflation mindestens ausgleichen
- Soziale Errungenschaften erhalten - keine Abwälzung von Kriegs- und Krisenkosten auf die arbeitende Bevölkerung
- Preistreiber und Profiteure zur Kasse - Wiedereinführung der Vermögenssteuer und einer Übergewinnsteuer

Das Krisenbündnis ist offen für weitere MitstreiterInnen, Organisationen oder Einzelpersonen.

Kontakt:

krisenbuendnis@lists.riseup.net

Homepage:

<https://krisenbuendnis-stuttgart.org/>

V.i.S.d.P: Norbert Heckl, Stuttgart, Willi-Bleicher-Str. 20